



**Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa**

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 5**

**August 2010**

**[www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles .....	3
Belgien übernimmt Vorsitz im Ministerrat.....	3
Beschäftigung, Bildung und Soziales .....	4
Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen – Vorbereitung einer Entschließung des Europäischen Parlaments.....	4
Grundzüge der EU-Gleichstellungsstrategie 2010 – 2015 .....	5
Demographische Entwicklungen in der EU im Jahr 2009 .....	5
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung .....	6
Informationstag: Growing Galileo 2010.....	6
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	7
Initiative des Europäischen Parlaments zur Durchführung einer Studie zu den Arzneimittelpreisen in der EU.....	7
Europäischer Gerichtshof verurteilt Pharmakonzern zu einem hohen Bußgeld.....	7
OECD-Statistik 2010 zu Gesundheitsfragen und Ausgaben im Gesundheitsbereich .....	8
Justiz und Inneres .....	8
Neue EU-Richtlinienvorschläge im Bereich der legalen Einwanderung in die EU... 8	
E-Justiz-Portal geht online .....	9
Kommission will Schutz von Anlegern und Versicherungskunden verbessern .....	9
Neue Scheidungsregeln für Ehen zwischen EU-Bürgern.....	10
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur .....	11
Konsultation zur Digitalisierung des kulturellen Erbes eröffnet .....	11
Bremer Literaturpreisträger lesen in Brüssel.....	11
Bremen und Europa .....	12
Veranstaltungsankündigung:.....	12
Local OPEN DAYS im EuropaPunktBremen: EU-Kohäsionspolitik im Land Bremen „Lessons learnt“ – Einsichten aus der aktuellen Förderperiode und Ausblick in die Zukunft .....	12
Drei Bremer „Europaschulen“ erlangen den Titel zum zweiten Mal .....	13
Redaktion .....	14
Bereich Europa.....	14

## Institutionelles

### Belgien übernimmt Vorsitz im Ministerrat

Belgien übernahm am 1. Juli den Vorsitz im Ministerrat. Fünf inhaltliche Schwerpunkte sollen den Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2010 kennzeichnen:

1. Wiederherstellung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums von mindestens 2 % pro Jahr durch die Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ für Innovation und Beschäftigung;
2. Stärkung des sozialen Zusammenhalts, insbesondere Anregung der Debatte um die soziale Dimension der Union im Bereich Beschäftigung, öffentliche Gesundheit und Sozialschutz;
3. Förderung von Umwelt- und Klimaschutz durch konkrete Fortschritte beim Treffen zur Klimarahmenkonvention im November 2010 in Cancún und EU-eigene Gesetzgebungsakte;
4. Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres durch Umsetzung des Stockholmer Programms, insbesondere der Aufbau eines einheitlichen Asylverfahrens und eines gemeinsamen internationalen Schutzstatus bis 2012 sowie der Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Einwanderung und Menschenhandel sowie ferner die gegenseitige Anerkennung von Gerichtsentscheidungen;
5. entschlossene Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit allen Bewerberländern unter Bewertung der jeweiligen Leistungen.

In institutioneller Hinsicht geht es um eine weitere Ausgestaltung der neuen Strukturen, die der Lissabon-Vertrag geschaffen hat (Rollenverteilung zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rats Van Rompuy, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Ashton und dem rotierenden Ratsvorsitz; Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes; Verbesserung des legislativen Dialogs mit dem gestärkten Europäischen Parlament).

Weitere Informationen sind abrufbar auf der Homepage der Belgischen Ratspräsidentschaft: <http://www.eutrio.be/de>

## Beschäftigung, Bildung und Soziales

### Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen – Vorbereitung einer Entschließung des Europäischen Parlaments

Der federführende Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments (EP) hat über einen Berichtsentwurf für einen Entschließungsantrag des Parlaments zur Situation von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen beraten. Zu diesem Problem hat auch der beteiligte EP-Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Juli 2010 Stellung genommen.

Im Berichtsentwurf des Frauenausschusses des EP wird prekäre Beschäftigung als eine Form von „Nichtstandardarbeitsverhältnissen“ definiert, die sich - auf Grund der Tatsache, dass es sich um keine dauerhafte Beschäftigung handelt - durch mangelnde oder fehlende Arbeitsplatzsicherheit auszeichnen. Verträge, die schlechte Arbeitsbedingungen festhalten, sowie fehlende schriftliche Arbeitsverträge (z.B. bei Leiharbeit, unfreiwilligen Teilzeitverträgen, unsicheren Arbeitszeiten) sind charakteristisch für solche Arbeitsverhältnisse. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind darüber hinaus durch ein niedriges Arbeitsentgelt, geringe Aufstiegsaussichten im Arbeitsmarkt, unzulängliche Sozialschutzrechte, ein Arbeitsumfeld ohne Mindestvorschriften über Gesundheitsschutz und Sicherheit, mangelnden Schutz vor Diskriminierung und fehlender Arbeitnehmervertretung gekennzeichnet.

Der Bericht weist darauf hin, dass sich die Wirtschafts- und Finanzkrise in zweifacher Hinsicht auf die prekäre Beschäftigung ausgewirkt habe: Zum einen seien befristete Arbeitsverhältnisse reduziert worden, zum anderen sei zu befürchten, dass eine Vielzahl der während der Rezession abgebauten dauerhaften Arbeitsplätze durch atypische, prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzt würde. Insgesamt sind überdurchschnittlich viele Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen zu finden. Wirtschaftssektoren, in denen Teilzeitarbeit am weitesten verbreitet ist, sind gleichzeitig die Sektoren mit dem höchsten Anteil an Frauen (z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe, Bildungswesen, Gesundheit und Sozialarbeit).

Das EP-Plenum wird die EU-Kommission und den Rat voraussichtlich im September 2010 mit diesem Entschließungsantrag u. a. auffordern, die Merkmale der prekären Beschäftigung in den EU-Strategien, wie z.B. der angekündigten neuen EU-Strategie der Geschlechtergleichstellung bis 2015 und den beschäftigungspolitischen Zielen der Strategie „Europa 2020“, herauszuarbeiten. Darüber hinaus sollen sie spezifische Legislativmaßnahmen vorbereiten, um verbindliche Mindestsozialstandards für Beschäftigte einzuführen und allen Arbeitskräften, ungeachtet ihrer Beschäftigungsbedingungen, den Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Leistungen, einschließlich des Mutterschaftsurlaubs, der Gesundheitsvorsorge und der Altersversorgung, zu gewähren.

EP-Frauenausschuss - Entwurf des Berichts:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/femm/pr/818/818274/818274de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/femm/pr/818/818274/818274de.pdf)

EP-Ausschuss Beschäftigung - Stellungnahme zu diesem Bericht:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/empl/pa/808/808449/808449de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/empl/pa/808/808449/808449de.pdf)

## Grundzüge der EU-Gleichstellungsstrategie 2010 – 2015

Mit ihrem „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 – 2010“ hat die EU in den vergangenen Jahren folgende strategische Ziele und Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten verfolgt:

- Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer;
- Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben;
- Ausgewogene Repräsentanz in Entscheidungsprozessen;
- Beseitigung aller Formen geschlechterbezogener Gewalt und geschlechterbezogenen Menschenhandels;
- Beseitigung von Geschlechterstereotypen;
- Förderung der Gleichstellung in der Außen- und Entwicklungspolitik.

Zurzeit überarbeitet die Kommission die Strategie Geschlechtergleichstellung bis 2015, die voraussichtlich im September 2010 veröffentlicht werden soll. EU-Kommissarin Reding, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, hat in einem Meinungs austausch mit dem Frauenausschuss des Europäischen Parlaments die Grundzüge der neuen EU-Strategie für die nächsten fünf Jahre vorgestellt.

Sie unterstrich die Bedeutung der Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt und von qualifizierten Arbeitsplätzen für Frauen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nach wie vor ein wichtiges Ziel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen. Die Kommission erwägt derzeit in Abstimmung mit den Sozialpartnern auch Maßnahmen zum Abbau der Gehaltsunterschiede („pay-gap“) von Frauen im Vergleich zum Einkommen von Männern. Zur Bekämpfung dieses Lohngefälles sind transparente Maßnahmen im öffentlichen und privaten Sektor erforderlich. Außerdem prüft sie legislative Schritte, um die Beteiligung von Frauen in Entscheidungsprozessen, z. B. in Unternehmen und Organisationen, zu verbessern.

Weitere Informationen zur Gleichstellungspolitik der EU:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=418&langId=de>

## Demographische Entwicklungen in der EU im Jahr 2009

Von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, wurde ein neuer Überblick zur Bevölkerungsentwicklung in den Mitgliedstaaten der EU27 im Jahr 2009 veröffentlicht. Die Bevölkerung der EU27 wuchs im Jahr 2009 um 1,37 Mio. und stieg so auf 501,1 Mio. am 1. Januar 2010.

Diese Zunahme lässt sich zu 63 % auf den Wanderungssaldo zurückführen, während die natürliche Bevölkerungsveränderung (Geburtenrate) nur 37 % des Zuwachses erklärt. Der Wanderungssaldo wuchs mit einer Rate von 1,7 %, sodass sich hier,

gegenüber einer Wachstumsrate von 2,9 % im Jahr 2008, ein stärkerer Rückgang ergab.

Vergleicht man Deutschland mit der EU27, fällt auf, dass die deutsche Bevölkerungsentwicklung stark von der europäischen abweicht. Während die Bevölkerung der EU27 insgesamt wächst, nimmt die Bevölkerung Deutschlands ab:

	<b>EU27</b>	<b>Deutschland</b>
Bevölkerungsveränderung insgesamt	1,37 Mio.	-203.000
Gesamtwachstumsrate der Bevölkerung	2,7 %	-2,5 %
Lebendgeburten	5,35 Mio.	651.000
Bruttogeburtenziffer (je 1000 Einwohner)	10,7	7,9
Sterbefälle	4,84 Mio.	841.000
Bruttosterbeziffer (je 1000 Einwohner)	9,7	10,3
Natürliche Veränderung	509.000	-190.000
Natürlichen Bevölkerungswachstumsrate	1,0 %	-2,3 %
Wanderungssaldo	857.000	-13.000
Wachstumsrate des Wanderungssaldos	1,7 %	-0,2 %

Weitere Informationen zu den Statistiken in den verschiedenen Politikfeldern der EU sind abrufbar auf der Website von Eurostat:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-27072010-AP/DE/3-27072010-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-27072010-AP/DE/3-27072010-AP-DE.PDF)

## **Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung**

### **Informationstag: Growing Galileo 2010**

Am 22. September 2010 veranstaltet die European GNSS Supervisory Authority (GSA), die Aufsichtsbehörde für das Europäische GNSS (Global Navigation Satellite System), in Brüssel einen Informationstag zur aktuellen Galileo-Ausschreibung. Galileo ist der Name des europäischen Satellitennavigationssystems. Es soll weltweit Daten zur genauen Positionsbestimmung liefern und ähnelt im Aufbau dem US-amerikanischen NAVSTAR-GPS und dem russischen GLONASS-System. Bis 2007 wurden 1,5 Mrd. € in die Entwicklung investiert. Für den Endausbau bis 2013 stellt der EU-Haushalt weitere 3,4 Mrd. € bereit. Die Konferenz „Growing Galileo 2010“ wird Informationen zum Call sowie Möglichkeiten zur Ideenpräsentation bieten. Die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung auf der Veranstaltungsseite:

<http://www.gsa.europa.eu/go/communications/events/growing-galileo-10>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### Initiative des Europäischen Parlaments zur Durchführung einer Studie zu den Arzneimittelpreisen in der EU

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments (ENVI) will Transparenz über die Arzneimittelpreise in den 27 Mitgliedstaaten schaffen und die Entwicklung dieser Preise verfolgen.

Die Abgeordneten haben eine entsprechende Studie, die vom Europäischen Parlament finanziert wird, in Auftrag gegeben. Sie fordern, dass die Arzneimittelpreise in der EU nachvollziehbar und miteinander vergleichbar sein müssen.

Informationen zu den Aufgaben, Mitgliedern, Sitzungsterminen und -dokumenten des Ausschusses ENVI des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/homeCom.do;jsessionid=0BABA3CFDECD81AEAC1EE3F7FE95894F.node2?language=DE&body=ENVI>

### Europäischer Gerichtshof verurteilt Pharmakonzern zu einem hohen Bußgeld

Der Pharmakonzern AstraZeneca muss wegen des Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung eine Geldbuße von 52,2 Mio. € zahlen. Mit dem Urteil in der Rechtssache T-321/05 sind die EuGH-Richter einer Klage der EU-Kommission weitgehend gefolgt.

Anlass des Verfahrens war der Protonenpumpenhemmer Losec (Omeprazol). Dieses Mittel ist in Deutschland unter dem Namen Antra auf dem Markt. Das Unternehmen AstraZeneca hatte aus Sicht der EuGH-Richter in der Vergangenheit die Patentämter in Deutschland, Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien absichtlich irreführend informiert, um den Patentschutz von Losec zu verlängern und so die Markteinführung von Generika zu verhindern beziehungsweise zu verzögern.

Ende 2008 hatte die EU-Kommission eine umfangreiche Untersuchung in der Pharmabranche durchgeführt, um möglichen wettbewerbswidrigen Praktiken auf die Spur zu kommen. Mit dieser Entscheidung gibt der Europäische Gerichtshof der EU-Kommission Rückendeckung im Kampf gegen wettbewerbswidrige Patentstrategien großer Pharmahersteller.

Informationen zur Rechtssache T-321/05 (bitte Nummer der Rechtssache einsetzen): [http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j\\_6/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/)

## **OECD-Statistik 2010 zu Gesundheitsfragen und Ausgaben im Gesundheitsbereich**

Die OECD hat eine umfangreiche Datensammlung für das Jahr 2010 zu Gesundheitsfragen veröffentlicht, die u. a. die Aussage enthält, dass die Gesundheitsausgaben in allen OECD-Ländern schneller als die Ausgaben für die Wirtschaft gewachsen sind. Die OECD geht davon aus, dass der Kostenanstieg im Gesundheitswesen anhält. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist von 7,8 % im Jahr 2000 auf 9 % im Jahr 2008 gewachsen.

Die Daten enthalten Vergleichsanalysen zu Gesundheitsstatus, Risikofaktoren, Langzeitpflege, Ausgaben, Sozialschutz und Pharmamärkten.

Weitere Informationen (englisch):

[http://www.oecd.org/document/11/0,3343,en\\_2649\\_34631\\_45549771\\_1\\_1\\_1\\_37407,00.html](http://www.oecd.org/document/11/0,3343,en_2649_34631_45549771_1_1_1_37407,00.html)

## **Justiz und Inneres**

### **Neue EU-Richtlinienvorschläge im Bereich der legalen Einwanderung in die EU**

Im Juli 2010 hat die Kommission die Entwürfe für eine Richtlinie über die Bedingungen für Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur saisonalen Beschäftigung - sog. Saisonarbeiter-Richtlinie - und für eine Richtlinie über Bedingungen für Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung veröffentlicht.

Der Vorschlag für die Regelung von Tätigkeiten von "Saisonarbeitern" soll die Bedingungen und Verfahren für die Einreise und den Aufenthalt in der EU von Saisonarbeitern aus Drittländern verbessern. Zu den wichtigsten Punkten gehören u. a. eine kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die Festlegung einer Höchstdauer der Saisonarbeit, die Möglichkeit einer Mehrfacherlaubnis und ein vereinfachtes Verfahren zur Wiedereinreise in aufeinander folgenden Jahren. Zum Schutz vor Ausbeutung für diese Arbeitnehmer soll zukünftig u. a. der Arbeitgeber eine angemessene Unterkunft nachweisen. Eine Stärkung der sozialen Rechte der Saisonarbeiter soll mit der Einrichtung eines Beschwerderechts, mit der Gleichstellung mit inländischen Arbeitnehmern bei der Vereinigungsfreiheit, beim Empfang von Sozialleistungen und dem Erwerb gesetzlicher Rentenansprüche erreicht werden. Der Richtlinienvorschlag sieht keinen Anspruch auf Zulassung in den nationalen Arbeitsmarkt vor und die Mitgliedstaaten können weiterhin über die Festlegung von Saisonarbeiterquoten unter Berücksichtigung einer Arbeitsmarktprüfung entscheiden.

Richtlinienvorschlag vom 13. Juli 2010 – KOM (2010) 379:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/malmstrom/archive/proposal\\_seasonal\\_workers\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/archive/proposal_seasonal_workers_de.pdf)



Bei der "konzerninternen Entsendung" geht es um die betriebsinterne Versetzung von Arbeitskräften (Zielgruppe: Führungs- und Fachkräfte, Trainees) in multinationalen Unternehmen und die Erleichterung dieser Versetzung in die EU und innerhalb der Mitgliedstaaten. Kernpunkte des neuen Richtlinienvorschlags sind u.a. die Einführung eines beschleunigten Verfahrens, eine kombinierte, zeitlich begrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, das Recht auf Überprüfung eines ablehnenden Bescheids oder die Möglichkeit der Weiterversetzung in einen anderen EU-Mitgliedstaat.

Richtlinienvorschlag vom 13. Juli 2010 – KOM (2010) 378:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/malmstrom/archive/proposal\\_intra\\_corporate\\_transferees\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/archive/proposal_intra_corporate_transferees_de.pdf)

### **E-Justiz-Portal geht online**

Seit dem 20. Juli 2010 ist das neue E-Justiz-Portal im Internet erreichbar. In 22 Sprachen verfügbar liefert es Informationen zu Rechtsfragen für Bürger, Unternehmen und Juristen. Die Informationen beziehen sich auf die Rechtslage und Rechtspraxis in den verschiedenen Mitgliedstaaten sowie auf Fragen des europäischen und internationalen Rechts. So können z.B. Urlauber oder Geschäftreisende einen Anwalt im EU-Ausland finden. Richter können sich über die Bestimmungen in einem anderen Mitgliedstaat informieren.

Das Portal wird schrittweise ausgebaut, so sollen Anfang 2011 Informationen über die Rechte von Opfern und Beklagten in allen Mitgliedstaaten, z.B. bei Verkehrsdelikten, eingestellt werden.

Das Portal ist unter folgender Adresse erreichbar: <https://e-justice.europa.eu/>

### **Kommission will Schutz von Anlegern und Versicherungskunden verbessern**

Die Kommission beabsichtigt, mit Hilfe eines am 12. Juli 2010 vorgelegten umfassenden Regulierungspakets Ersparnisse, Anlagen und Versicherungen überall in Europa verlässlich zu schützen. Dies soll primär auf drei Wegen geschehen:

- Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie 2009/14/EG, insbesondere dauerhafte Festschreibung der Mindestgarantie von 100.000 €, im Insolvenzfall Rückerstattung innerhalb einer Woche und erleichterter Zugang für Anleger anderer Mitgliedstaaten, sowie transparentere Gestaltung der Einlagensicherungsfinanzierung;
- besserer Schutz von Wertpapieranlagen durch Änderung der Wertpapierrichtlinie, insbesondere bessere Entschädigung im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Wertpapierfirma;
- Sicherstellung eines umfassenden und fairen Verbraucherschutzes und Erlass einer Richtlinie, die Mindeststandards für Sicherungssysteme der Versicherungen in allen Mitgliedstaaten vorsieht, damit die Kosten des

Zusammenbruchs einer Versicherungsgesellschaft nicht mehr dem Steuerzahler aufgebürdet werden.

Die Vorschläge der Kommission sind unter folgenden Adressen zugänglich:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/bank/docs/guarantee/20100712\\_proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/guarantee/20100712_proposal_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/docs/isd/dir-97-9/proposal-modification\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/isd/dir-97-9/proposal-modification_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/docs/2010/whitepaper-on-igs/whitepaper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2010/whitepaper-on-igs/whitepaper_de.pdf)

### **Neue Scheidungsregeln für Ehen zwischen EU-Bürgern**

Der Rat hat am 12. Juli 2010 vierzehn EU-Mitgliedstaaten grünes Licht für neue Scheidungsregeln für Fälle mit grenzüberschreitendem Bezug gegeben. Die noch nicht verabschiedete Regelung soll Ehepartnern emotional und finanziell belastende Verfahren ersparen. In Zukunft sollen Eheleute, bei denen ein Partner die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaats hat, frei entscheiden, nach welchem nationalen Recht sie sich scheiden lassen wollen. Kann keine Einigung gefunden werden, sollen die Gerichte das sog. einheitliche Verfahren anwenden.

Neben Deutschland beteiligen sich noch dreizehn weitere Mitgliedstaaten an den neuen Scheidungsregeln. Erstmals wird so die in Artikel 331 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgeschriebene Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit genutzt, bei der mindestens neun Mitgliedstaaten eine Maßnahme allein weiterführen können, wenn sie diese für wichtig halten, eine Einigung aller 27 Mitgliedstaaten im Ministerrat allerdings nicht möglich war. Für Mischehen und deren Kinder sollen Verfahren damit deutlich beschleunigt und fairer ausgestaltet werden. Auf nationale Ehen haben diese Bestrebungen keine Auswirkung. Ferner ist zu erwarten, dass die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit auch zunehmend in anderen Bereichen genutzt werden wird.

Der Vorschlag ist unter folgendem Link abrufbar:

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/intro/doc/com\\_2010\\_105\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/doc/com_2010_105_de.pdf)

## Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

### Konsultation zur Digitalisierung des kulturellen Erbes eröffnet

Die Reflexionsgruppe der EU-Kommission zur Digitalisierung hat eine Konsultation darüber eröffnet, wie die Online-Präsenz des kulturellen Erbes optimal gefördert werden kann. Die Reflexionsgruppe ist damit beauftragt zu prüfen, welche Verbesserungen bei der Digitalisierung kultureller Werke und deren Zugang im Netz möglich sind. Die Beiträge der Konsultation werden in die Empfehlung der Gruppe, die Ende des Jahres vorgelegt wird, einfließen.

Alle Interessenten sind aufgerufen, bis zum 28. September ihre Meinung zu Schlüsselfragen zu diesem Thema zu äußern. Der Katalog beinhaltet Fragen und persönliche Einschätzung zu Themen wie den Gründen für die Nutzung öffentlicher Gelder oder zur Finanzierung von Europeana, dem zentralen Portal zu den digitalisierten Sammlungen von Europas Kultureinrichtungen, sowie wichtige Fragen zur öffentlich-privaten Partnerschaft, z.B. über die Akzeptanz von Gebühren, falls Werke von privaten Partnern finanziert werden. Eine öffentliche Anhörung zum diesem Thema ist am 28. Oktober 2010 in Brüssel vorgesehen.

Der Fragebogen ist unter folgender Adresse zugänglich:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=comitedessages&lang=de>

### Pressemitteilung der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung

#### Bremer Literaturpreisträger lesen in Brüssel

Auf Einladung der Bremer Landesvertretung, der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung und des Goethe-Instituts Brüssel stellte der Bremer Literaturpreisträger 2010, Clemens J. Setz, sowie der Förderpreisträger 2010, Roman Graf, am 17. Juni 2010 ihre preisgekrönten Bücher dem deutschsprachigen Publikum in Brüssel vor.

Bei der Lesung im Goethe-Institut Brüssel verfolgten knapp 100 Gäste sehr interessiert die Lesungen der beiden Preisträger unter der Moderation durch den Literaturkritiker und Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Dr. Lothar Müller, der auch Jurymitglied ist. Aus dem Publikum kamen interessierte Fragen, die ein hohes Interesse an der deutschen Gegenwartsliteratur spiegelten. Im Anschluss nutzte das Publikum bei einem kleinen Empfang die Möglichkeit, mit den Autoren in Kontakt zu treten und sich mit ihnen auszutauschen.

Am nächsten Morgen folgte bei der Lesung in der Deutschen Schule Brüssel ein sehr interessiertes junges Publikum (16- bis 18-Jährige) den Worten des Förderpreisträgers Roman Graf und diskutierte angeregt und kompetent mit dem jungen Schweizer Autor.

Die Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, die Bremer Vertretung und das Goethe-Institut Brüssel wollen mit dieser Veranstaltung auch in den kommenden Jahren den Bremer Literaturpreis und den Förderpreis in der EU-Hauptstadt präsentieren.

Weitere Informationen:

Tobias Peters

Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung

c/o Stadtbibliothek Bremen

Tel.: 0421/ 361-47 08

Email: tobias.peters@stadtbibliothek.bremen.de

Weitere Informationen:

[www.rudolf-alexander-schroeder-stiftung.de](http://www.rudolf-alexander-schroeder-stiftung.de)

[www.literarischewoche.de](http://www.literarischewoche.de).

## **Bremen und Europa**

Veranstaltungsankündigung:

**Local OPEN DAYS im EuropaPunktBremen: EU-Kohäsionspolitik im Land Bremen „Lessons learnt“ – Einsichten aus der aktuellen Förderperiode und Ausblick in die Zukunft**

Zeit: 21. September 2010, 18:00 Uhr

Ort: EuropaPunktBremen im Haus der Bremischen Bürgerschaft, Eingang Domseite

Veranstalter: Europaabteilung des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Teilnehmer:

- Dr. Kerstin Kießler, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, AdR-Mitglied,
- Dr. Hermann Kuhn (MdBB), stellv. AdR-Mitglied, Vorsitzender der AdR-Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“,
- Frank Elholm, Generaldirektion Regionalpolitik, Europäische Kommission,
- Thomas Schwender, Senator für Wirtschaft und Häfen,
- Thorsten Armstropp, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

Die Local OPEN DAYS der Freien Hansestadt Bremen stellen die Praxis der bremischen Strukturfondsprogramme (EFRE, ESF) dar und sollen die Schlussfolgerungen für die künftige Ausrichtung aufzeigen. Bremen hat für die laufende Förderperiode konsequent die Umsetzung der Lissabon-Strategie aufgegriffen und fördert auf der regionalen und lokalen Ebene insbesondere folgende Themenkomplexe: Innovation und Wissen, Aktivierung städtischer Wirtschafts- und Lebensräume sowie arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen.

In den Jahren 2010/2011 werden wichtige Weichenstellungen für die Fortentwicklung der europäischen Kohäsionspolitik vorgenommen. Bisherige Programmprioritäten

sind zu überprüfen, ggf. zu ergänzen und thematisch stärker zu fokussieren, um den künftigen europäischen Anforderungen auf regionaler und lokaler Ebene Rechnung zu tragen. Im Rahmen der Veranstaltung soll anhand von ausgewählten Projekten dargestellt werden, welche Lehren aus der laufenden Umsetzung gezogen werden können.

Bei den OPEN DAYS handelt es sich um eine Veranstaltungswoche, die bereits zum achten Mal gemeinsam von der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel organisiert wird. In diesem Jahr werden zwischen dem 4. und 7. Oktober unter den Themenschwerpunkten „Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation und Kohäsion“ an die 100 Seminare, Workshops, Debatten und Ausstellungen veranstaltet, die inhaltlich zahlreiche „Best Practice“-Beispiele der regionalen Entwicklungsprogramme aus ganz Europa präsentieren werden.

Zusätzlich zu den OPEN DAYS in Brüssel finden zwischen September und November unter der Überschrift „Europe in my region (city)“ weitere 230 Veranstaltungen auf regionaler und lokaler Ebene statt, unter die auch die Bremer Local OPEN DAYS fallen.

### **Drei Bremer „Europaschulen“ erlangen den Titel zum zweiten Mal**

Am 31. Mai fand im EuropaPunktBremen die Feier zur Rezertifizierung der Europaschulen statt. Frau Cornelia von Ilseman, Abteilungsleiterin bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, überreichte im Rahmen der Feierstunde den Delegationen der Schulen die Urkunden: „Europaschule 2010-2013“. Europaschulen müssen ihren Schülern ein besonderes Sprachenangebot und besondere Möglichkeiten für Austausch bieten, Europa in besonderer Weise im Schulleben und im Unterricht aller Fächer verankern, besondere Öffentlichkeitsarbeit machen und ihr Europaprofil unter einem schlüssigen Leitbild im Schulprogramm verankern.

Die drei Schulen hatten sich erfolgreich dem kritischen Blick einer Jury gestellt, bestehend aus Vertretern der Senatorin für Bildung, des Senators für Europa, der Handelskammer, der Landeszentrale für politische Bildung, der Universität Bremen und des Zentralelternbeirats. Die Jury prüfte bei einem Besuch vor Ort: Hat die Schule die hohen Qualitätsstandards im Verlauf der letzten drei Jahre halten können? Und: Hat sie ihr Profil als Europaschule ausbauen können? Das Ergebnis: Der Grundschule Burgdamm, dem Hermann-Böse-Gymnasium und dem Schulzentrum Utbremen gelang dies in hervorragender Weise.

**Redaktion**

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Meike Pecat  
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa  
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079  
Fax: +49 421 496-14079  
E-Mail: [Meike.Pecat@europa.bremen.de](mailto:Meike.Pecat@europa.bremen.de)  
Internet: [www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

**Bereich Europa**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Büro Brüssel</b>		
<b>Hélène Tabourot</b> Büroleitung und Sekretariat	+32 2 230 2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Eva Berling</b> Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Berling@Bremen.be">Berling@Bremen.be</a>
<b>Dr. Frank Castenholz</b> Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	<a href="mailto:Castenholz@Bremen.be">Castenholz@Bremen.be</a>
<b>Maike Frese</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Frese@Bremen.be">Frese@Bremen.be</a>
<b>Renate Lürssen</b> Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Luerssen@Bremen.be">Luerssen@Bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hilger</b> Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hilger@Bremen.be">Hilger@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a>
<b>Torsten Raff</b> Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Raff@Bremen.be">Raff@Bremen.be</a>
<b>Büro Bremen</b>		
<b>Anja Braun</b> Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	<a href="mailto:Anja.Braun@europa.bremen.de">Anja.Braun@europa.bremen.de</a>
<b>Meike Pecat</b> Ausschuss der Regionen, EU-Informationen	+49 421 361-14079	<a href="mailto:Meike.Pecat@europa.bremen.de">Meike.Pecat@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Dr. Katja Eichler</b> Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- Fortbildung	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Katja.Eichler@europa.bremen.de">Katja.Eichler@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de">Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de</a>
<b>Heide-Lore Swiecikowski,</b> Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de">Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de</a>
<b>Claudia Elfers</b> Konzeption der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	<a href="mailto:Claudia.Elfers@europa.bremen.de">Claudia.Elfers@europa.bremen.de</a>